

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann haben wir unsere Termine für das nächste Jahr einstimmig beschlossen. Selbstverständlich werden wieder alle Klubs und alle Stadtsenatsreferenten schriftlich informiert werden.

Dann sind wir schon beim Budget angelangt, ich darf den Herrn Finanzreferenten Herrn Dr. Rüscher ersuchen, uns das Budget des Jahres 2009 vorzustellen.

Berichtersteller: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher

- | | |
|-----------------------|---|
| 1) A 8-20246/2008-1 | <u>Voranschlag 2009</u>
<u>einschließlich Wirtschaftsplan 2009 der</u>
<u>GGZ und der Wirtschaftsbetriebe und der</u>
<u>GPS</u> |
| 2) A 8 – 20246/2008-4 | <u>Haushaltsanalyse 2009</u> |

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüscher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, meine Damen und Herren! Sparen in Politik und Verwaltung, Investieren für die Grazer Bevölkerung, das ist das Motto für das Budget 2009. Eigentlich ist ein Budget immer eine trockene Sache. Emotionen löst ein Haushaltsvoranschlag selten aus und wenn, dann nur negative. Das Budget wird bei uns in der Verwaltung wie in der Politik vielfach als notwendiges Übel gesehen. Alle haben wir gute Ideen, alle wollen wir das Beste und alle wollen wir allen alles geben, wenn da nicht die Spaßverderber der Finanzverwaltung und Finanzpolitik wären, die hier kürzen und da hinterfragen. Warum dann nicht gleich alles finanzieren und halt, solange es irgendwie geht, Schulden machen. Andere Gebietskörperschaften machen es ja auch so. Aber gerade weil wir in Graz ein sehr hohes Niveau an kommunalen Dienstleistungen und Angeboten haben und weil wir dieses Niveau auch für die kommenden Jahre und Generationen erhalten und absichern wollen, müssen wir die städtischen Finanzen in Ordnung bringen, daran führt kein Weg vorbei, ganz egal durch welche Parteilinse man es auch sehen mag. Die Regierungskoalition bekennt sich ganz klar dazu. Wir wollen eine Änderung der Unternehmenskultur in unserer Stadt, wenn Sie so wollen, es muss in die Köpfe aller VerantwortungsträgerInnen in Politik und Verwaltung hinein, dass inhaltliche

Verwaltung und inhaltliche Verantwortung immer auch finanzielle Verantwortung mit einschließt. Niemand soll in seiner oder ihrer Kreativität zum Wohle der Grazerinnen und Grazer gebremst werden. Jede und jeder soll die bestmöglichen Zukunftsprojekte für unsere wunderbare Stadt entwickeln, organisieren und umsetzen, aber immer im für die Stadt leistbaren finanziellen Rahmen. Das ist eine große Herausforderung, gerade auch für die Managerinnen und Manager der Verwaltung. Die inhaltlichen Richtungsentscheidungen müssen auf der politischen Ebene ausdiskutiert und entschieden werden. Es braucht da keine falsche Harmonie und auch kein Verwischen der unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Positionen, es braucht aber ein klares Bekenntnis zum gemeinsamen Ziel, die Leistungsfähigkeit unserer Stadt auch für die Zukunft sicherzustellen und es braucht einen fairen Umgang miteinander. Auch wenn wir uns nicht in allen Punkten gegenseitig überzeugen werden. Ein paar Worte zur finanziellen Entwicklung der Stadt in den vergangenen Jahrzehnten sind mir sehr wichtig. Die finanziellen Herausforderungen haben sich für Graz aus einem ganzen Bündel an Ursachen ergeben und es geht uns daher nicht anders als fast allen mittleren und größeren Städten in Europa. So hat die Stadt im Laufe der Jahre etwa immer mehr Aufgaben von den übergeordneten Gebietskörperschaften Bund und Land weitergegeben bekommen, vor allem im Sozial-, im Jugend-, Schul- und auch im Behindertenbereich. Die entsprechenden finanziellen Abgeltungen für diese Mehraufwendungen sind aber nur in den seltensten Fällen gekommen. Das heißt, die städtische Leistungspalette wurde ständig ausgeweitet, ohne dass die Einnahmen dazu parallel entsprechend gestiegen wären. Desweiteren wird Graz seit vielen Jahren im Finanzausgleich im Verhältnis zu anderen Landeshauptstädten benachteiligt. Die Pro-Kopf-Quote für die Grazerinnen und Grazer liegt beispielsweise um rund 100 Euro pro Jahr unter jener von Innsbruck oder Salzburg. Bei einer Bevölkerungszahl von 250.000 EinwohnerInnen hätten wir mit der Innsbrucker oder Salzburger Kopf-Quote auf einen Schlag pro Jahr um rund 25 Millionen Euro höhere Einnahmen aus dem Finanzausgleich. Wir müssen weiter dafür kämpfen, doch dass es dabei wenig Verbündete gibt, jedenfalls nicht jene von Innsbruck und Salzburg, ist einleuchtend.

Zwischenruf GR. Grosz: Pröll, Buchmann

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Diese Benachteiligung wird ab nächstem Jahr zumindest teilweise kompensiert durch einen Erfolg, der auch dem Bürgermeister zu verdanken ist bei den Finanzausgleichsverhandlungen, da nämlich ab nächstem Jahr die aktuelle Bevölkerungszahl für die Bemessung der Ertragsanteile nach dem Zentralmelderegister erfolgt und nicht mehr nach der Einwohnerzahl, die nur alle zehn Jahre festgestellt wird. Und dann gab es auch noch zwei ausgemachte Besonderheiten für die finanzielle Herausforderung. Der extrem hohe Pragmatisierungsgrad bei den städtischen Beamten hatte zwar zur Folge, dass man sich damals bis vor zehn Jahren durch niedrigere Dienstgeberbeiträge und geringere Anfangsgehälter im Vergleich zu Vertragsbediensteten jeweils aktuell etwas erspart hat, die finanziellen Belastungen durch die Pensionszahlungen, heute schon über 100 Millionen Euro pro Jahr, aber auf die Zukunft verschoben hat. Vor zehn Jahren hat der Gemeinderat diese Entwicklung korrigiert und die Pragmatisierung abgeschafft. Finanziell entlastend wird sich das aber erst in zirka 25 Jahren auswirken. Und schließlich hat man in einem weiteren Bereich in Graz in der Vergangenheit die Belastungen, aber ich denke aus gutem Grund, auf die Nachkommenden weitergeschoben. Zahlreiche Infrastrukturprojekte haben und hatten eine geradezu endlose Vorlaufzeit. Beispielsweise und ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich hier erwähnen die Halle für alle, die schon Anfang der 80er-Jahre heftig diskutiert wurde, vor dem Kulturhauptstadtjahr konnte die Stadthalle dann endlich eröffnet werden, das Grazer Kunsthaus, das seit Hanns Koren die öffentliche Debatte beherrscht hat, auf die endlosen Diskussionen zu den Straßenbahnverlängerungen, von denen uns in der vergangenen Periode durch gemeinsame Anstrengungen drei gelungen sind, möchte ich gar nicht näher eingehen. Schließlich gab es bei den öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Kindergärten eine lange Liste der Versäumnisse, die dann vor rund 15 Jahren zum ersten großen Schulsanierungsprogramm auf Leasingbasis geführt haben. Insgesamt haben wir in den letzten Jahren zirka 600 Millionen Euro in die Infrastruktur der Stadt investiert. Investitionen, die die Entwicklung von Graz entscheidend beflügeln werden. Der Zuwachs an EinwohnerInnen der letzten Jahre ist hier ein wichtiger Hinweis.

Damit komme ich zur mittelfristigen Finanzplanung und den mittelfristigen Konsolidierungszielen, die den Rahmen für den Haushaltsplan 2009 bilden. Die Investitionen in der außerordentlichen Gebarung wurden ab 2006 bis 2010 mit

jährlich 35 Millionen festgelegt. Von 2011 bis 2015 mit jährlich 40 Millionen Euro, das ist real weniger, als wir in den Jahren vor 2006 dafür ausgegeben hatten. Trotzdem können wir damit und mit Bundes- und Landesunterstützung für die Stadtentwicklung so wichtige Projekte wie den Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof, die Straßenbahnlinie in den Westen der Stadt, die Verlegung der Linie 1 zur Universität, Schulen und Sportstätten, um einige Beispiele zu nennen, errichten. Ich bekenne mich zu diesen neuen Projekten, obwohl klar ist, dass wir auch diese Einrichtungen zum Großteil über Kreditaufnahmen finanzierten. Denn eine Stadt, die ihre Infrastruktur nicht ausbaut, ist eine sterbende Stadt. Wir haben in der Vergangenheit aber Kredite nicht nur für Investitionen, sondern auch für laufende Ausgaben aufgenommen. Seit 2002 finanzieren wir Jahr für Jahr ein Teil der Personalausgaben, Subventionen, Sozialleistungen, Schuldendienst, Planungsaufträge usw. über Kredite. Die mit diesen Kreditaufnahmen finanzierten Ausgaben haben allerdings keine Langzeitwirkung, sie verpuffen viel mehr innerhalb eines Jahres und nachdem Personalausgaben wie alle laufenden Ausgaben jährlich anfallen, müssen wir jährlich auch neue Kredite dafür aufnehmen. Wir belasten damit unsere Kinder und nachfolgenden Generationen mit Kreditrückzahlungen, von denen sie zum Unterschied von fremdfinanzierten Infrastruktureinrichtungen keine unmittelbaren Vorteile haben. Aus diesem Grund hat sich die Koalitionsregierung als prioritäres Konsolidierungsziel gesetzt, die Deckung der laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen so rasch als möglich zu erreichen, dann können wir die Zinsen für die Finanzschuld bezahlen, ohne dass wir dafür Kredite aufnehmen müssen. Dafür bedarf es allerdings einer mehrjährigen Kraftanstrengung aller Regierungsmitglieder und aller Verwaltungsabteilungen. Und deshalb bin ich fest überzeugt, dass ein Wandel unserer Unternehmenskultur unbedingt notwendig ist. Finanzielle Verantwortung ist hier und jetzt wahrzunehmen. Wir müssen unserer Stadt und unseren zukünftigen Generationen wieder die notwendigen finanziellen Handlungs- und Gestaltungsspielräume eröffnen. Politisches Kleingeld zu wechseln, gemäß dem Motto „Verkaufts mein G'wand, ich fahr in den Himmel“ wird es mit uns, und damit meine ich hoffentlich alle in diesem Haus vertretenen Fraktionen, nicht spielen. Davon bin ich fest überzeugt (*Applaus ÖVP und Grüne*). Verantwortungsbewusstes finanzielles Handeln ist nicht auf eine Sanierungsphase beschränkt, diese Vorgabe wird für alle Zukunft gelten müssen. Es geht sicher nicht darum, dass wir alle jetzt ein paar Jahre sparen und dann wieder in alte Muster

zurückfallen. Sparsames Wirtschaften ist ja gerade für eine Stadt kein Selbstzweck. Wir müssen unsere laufenden Ausgaben und Einnahmen wieder zur Deckung bringen, damit wir, und nun ein Vergleich aus der Wirtschaft, unseren Shareholdern, den Grazerinnen und Grazern, ihre Dividende in der Form städtischer Leistungen und Projekte, die Bandbreite reicht hier von der verstärkten Straßenreinigung über Freizeitangebote bis zu sozialen Leistungen, Unterstützungen zur Integration, kindergerechte städtische Angebote und Infrastrukturleistungen, die neuen Straßenbahnlinien oder ein umfassendes Gehsteigausbauprogramm, um nur wenig zu nennen, überweisen können.

Damit komme ich zum Haushaltsplan 2009. Mit dem vorliegenden Budgetentwurf haben wir natürlich nicht alle Probleme lösen können. Wir sind aber auf einem guten, und wie ich meine, auf dem richtigen Kurs. Wir konnten nach vielen heißen und langen Diskussionen und Verhandlungen die Eckwertsumme nominell ziemlich genau auf dem Wert des heurigen Jahres halten. Gleichzeitig haben wir ganz bewusst in den Bereichen Soziales, Jugendwohlfahrt, Nachmittagsbetreuung und Sozialarbeit in Schulen und Frauenbereich mit Sonderfinanzierungen Schwerpunkte gesetzt. Lassen Sie mich vor den Daten noch etwas zu den Budgetverhandlungen sagen. Die vielen Budgetrunden waren geprägt von ehrlichen und offenen, manchmal durchaus auch harten Gesprächen, jedenfalls waren sie konstruktiv. Wenn sich jetzt gerade die VertreterInnen der Sozialdemokratie, wie zum Beispiel in jüngsten Bezirkszeitungsausgaben, darüber beklagen, dass die schwarz/grüne Regierungskoalition Gesprächsverweigerung betrieben habe, so ist das aus meiner Sicht sehr, sehr scheinheilig. Es gab sehr intensive Gespräche sowohl auf Beamten- als auch auf politischer Ebene, die allerdings immer von der sozialdemokratischen Prämisse geprägt waren, die da lautete: In unserem Bereich kann man sicher nichts einsparen und optimieren, ganz im Gegenteil. Wir brauchen mehr Geld und wir stimmen dem Budget höchstwahrscheinlich ohnehin nicht zu. Ich erinnere mich sehr gut an Diskussionen in der Stadtregierung, Kollege Wolfgang Riedler, der leider noch nicht da ist, hat auf mein Angebot, Budgetgespräche über alles, nur nicht über eine Erhöhung des Eckwertes, zu halten, geantwortet: „Dann brauchen wir gar keine Gespräche.“ Der Amtsvorschlag zum Sozialbudget sah einen Anstieg um knapp 20 % gegenüber 2008 vor. Diesem Vorschlag lag keine längerfristige demographische Entwicklung zugrunde und die Bereitschaft von Sozialstadträtin Elke Edlinger, auch nur einen einzigen Euro einzusparen, war null. Ich frage mich,

liebe Kolleginnen und Kollegen, wer betreibt da Gesprächsverweigerung (*Applaus ÖVP und Grüne*)? Trotzdem werden wir selbstverständlich das Gespräch mit allen Regierungsmitgliedern und den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen auch in Hinkunft ernsthaft suchen. Nun zu den wichtigsten Eckdaten des Haushaltsvorschlages. Der Voranschlag 2009 wurde wie erwähnt auf Basis der im Sommer 2008 erarbeiteten und im Oktober 2008 im Gemeinderat beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung aufgestellt. Gemäß dieser mittelfristigen Orientierung wird in den nächsten Jahren der Fokus auf die Wiederherstellung eines positiven Saldos der laufenden Gebarung gelegt, während gleichzeitig für den Bereich der außerordentlichen Gebarung die strikte Einhaltung des bis 2015 ausgedehnten Investitionsrahmens fixiert wurde. Als praktische Richtschnur wurde beschlossen, die Ausgaben beziehungsweise Eckwerte der einzelnen Abteilungen in Summe möglichst auf dem Stand von 2008 einzufrieren und durch umfassende und konsequente Strukturreformen im Magistrat und in den Beteiligungen die Erreichung des Zieles ausgeglichener laufender Saldos im Zeitraum 2012 bis 2015 sicherzustellen. Schwerpunktsetzungen sind innerhalb dieser Linie trotzdem möglich und wohl auch erforderlich, um die politischen und rechtlichen Notwendigkeiten zu berücksichtigen. Das Investitionsprogramm 2006 bis 2010 mit dem beschlossenen Mechanismus für den eventuellen Austausch von Projekten ohne Erhöhung des Gesamtfinanzrahmens soll 2009 und 2010 unverändert in Geltung bleiben. Für die Jahre 2010 bis 2015 wurde, wie erwähnt, ein neuer Finanzrahmen von 40 Millionen pro Jahr definiert. Auch zum Voranschlag 2009 wurde je Abteilung ein sogenannter Eckwert definiert, das ist jener Zuschussbetrag, Summe der ordentlichen Ausgaben ohne Schuldendienst im weiteren Sinn und Pensionen abzüglich zugeordneter Einnahmen, also jener Betrag, den die Abteilung für ihre operative Tätigkeit 2009 zur Verfügung hat. Die Summe der Eckwerte gemäß Voranschlag 2009 entspricht unter Berücksichtigung von rund 1,9 Millionen Euro von den Abteilungssparbüchern fast genau der Eckwertsumme von 2008. Die Entwicklung der einzelnen Bereiche ist jedoch höchst unterschiedlich. Die drei wesentlichen Zuwächse gehen auf gesetzlich verursachte Mehraufwendungen im Sozial-, im Jugendwohlfahrtsbereich, insbesondere Behindertengesetz, neue Heimverträge mit dem Land Steiermark, Kindergartenausweitungen und im Schulbereich, die erwähnte Nachmittagsbetreuung und Schulsozialarbeit, zurück, und werden durch eine Vielzahl von Ausgabenkürzungen und Einnahmensteigerungen wieder aufgefangen.

Mit Hilfe des Einfrierens der Eckwertsumme auf dem nominellen Niveau von 2008 und der Einnahmensteigerungen, insgesamt 34 Millionen Euro, davon 29 Millionen bei den Ertragsanteilen und durch Indexanpassungen bei den Gebühren, ist es im Voranschlag 2009 gelungen, die Lücke der laufenden Gebarung von heuer 36 Millionen auf 22 Millionen zu reduzieren. Das ist auf Basis der Einhaltung der Eckwertziele ein wichtiger Erfolg der Konsolidierungsbemühungen für 2009 und ein nennenswerter Schritt in Richtung ausgeglichener laufender Saldo laut mittelfristiger Finanzplanung. Es ist dies nur gelungen, weil sich fast alle städtischen Bereiche sehr bemüht haben, die für die einzelnen Abteilungen nicht immer einfachen Vorgaben im Hinblick auf die städtische Gesamtverantwortung zu erfüllen. Neben den Ausgaben für Personal und Pensionen sowie den Schuldendienst, Ausgaben für Mieten und Leasing wurde und wird die Budgetentwicklung durch folgende zwei Ausgabenbereiche geprägt: Ausgaben für die Zuzahlungen an den öffentlichen Verkehrsbetrieb, Grazer Verkehrsbetriebe, sowie Ausgaben für Soziales. Das sind jene Bereiche, die die stärkste Dynamik aufweisen. Während es mit dem Verkehrsfinanzierungsvertrag zwischen Stadt und den Grazer Verkehrsbetrieben gelungen ist, die Zuzahlungen der Stadt bei einem hohen Niveau, nämlich bei jährlich 51 Millionen Euro, einzudämmen, sind die Zuwachsraten im Sozialbereich weiterhin ungebremst und unkontrolliert. Das Land schließt mit den Pflegeheimbetreibern Verträge ab, die zu willkürlichen und auf Dauer unfinanzierbaren Ausgabenbelastungen führen. Zudem sitzt die Stadt Graz, in deren finanzieller Mitverantwortung immerhin 26 überwiegend private Heime fallen, nicht am Verhandlungstisch. Für die gesetzliche Sozialhilfe, Jugendwohlfahrt und Behindertenhilfe gibt die Stadt heuer brutto 145 Millionen Euro aus, nach Abzug der Zuzahlung von Land und der Betroffenen verbleibend der Stadt Nettoausgaben in Höhe von 46 Millionen Euro. Allein die vom Land beabsichtigte Erhöhung der Tagsätze in den Pflegeheimen ab 1.1.2009 bedeutet für die Stadt einen zusätzlichen Nettobetrag in Millionenhöhe. Unsere Forderung an das Land ist daher klar, mehr Transparenz bei der tatsächlichen Kostenentwicklung der Heime und keine Anpassung der Tagsätze in Hinkunft ohne Zustimmung der Stadt (*Applaus ÖVP*). Für mich ist unbestritten, dass wir unseren Pflegebedürftigen, in der Regel eher ältere Menschen, die bestmöglichen Dienste anbieten müssen, das ist ein klares politisches Bekenntnis zu den gesetzlichen Ausgaben. Ich möchte übrigens erwähnen, dass wir auch gemeinsam mit den Ermessensausgaben im Bereich des Sozialamtes noch nie

so viel Geld für den Bereich Soziales ausgehen werden wie im Jahr 2009. Klar ist aber auch, dass auch diese Aufgaben im Rahmen der finanziellen Gesamtverantwortung der Stadt zu sehen sind. Unverantwortlich ist es, Steigerungsraten zu beschließen und zu akzeptieren, die ohne Gegensteuerung Gefahr laufen, unfinanzierbar zu werden. So weisen etwa auch die Rechnungsabschlüsse der Sozialhilfeverbände klare Signale auf. Bund und Länder sind deshalb extrem gefordert, den Pflegebereich neu zu organisieren und finanziell langfristig abzusichern. Teil der laufenden Gebarung sind auch die Subventionen, mit denen von Privaten und Organisationen erbrachte Leistungen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, die für das Gesamtbild der Stadt sehr wichtig sind, unterstützt werden. Sie betragen für 2009 in Summe 17,6 Millionen Euro, das ist gegenüber 2008 immerhin ein Plus von 0,5 Millionen Euro.

Ich komme zum Budgetvolumen. Das Gesamtvolumen der ordentlichen Gebarung beträgt 845,4 Millionen Euro, das Gesamtvolumen des Voranschlages 2009 892,9 Millionen Euro, 47,5 Millionen Euro sind für die außerordentliche Gebarung. Auch hier ein Sprung gegenüber 2008, insgesamt hat das Budgetvolumen damit den Höchststand bisher erreicht. Trotz der vereinbarten Einsparungsmaßnahmen steigt das OG-Volumen also 2009 an, und zwar insbesondere durch den Einbau erstmals der vollen Summe für den Verkehrsfinanzierungsvertrag sowie Leistungsentgelte für die Wirtschaftsbetriebe durch die zu budgetierenden höheren Personal- und Pensionskosten, die Ausgabensteigerung im gesetzlichen Sozial- und Jugendwohlfahrtsbereich sowie der Landesumlage. Bei der Erstellung des Voranschlages für die ordentliche Gebarung mit Rücklagenentnahmen, Vermögens- und/oder Beteiligungstransaktionen, Entschuldigung, die ordentliche Gebarung wird bei der Erstellung des Voranschlages durch die genannten Ausgaben geschlossen, eben durch Rücklagenentnahmen, Vermögens- und/oder Beteiligungstransaktionen. 2008 waren dafür noch knapp 90 Millionen erforderlich, 2009 werden es aufgrund der erzielten Konsolidierungsziele, Einhaltung des Eckwertes usw. sowie Einnahmensteigerung nur mehr 65 Millionen Euro sein, das heißt, um 25 Millionen Euro weniger, auch das kein Endziel für die Budgetkonsolidierung, aber ein wichtiger Schritt in diese Richtung, auch dieses Ergebnis zeigt damit einen Erfolg der Konsolidierungsbemühungen. Die außerordentliche Gebarung ist für 2009 mit 47,5 Millionen Euro angesetzt, Schwerpunkte sind nach wie vor der öffentliche Verkehr, Restfinanzierung von Straßenbahnverlängerungen, die Neugestaltung der

Herrengasse, Annenstraße, Bezirkssportplätze, Kindergartenausbau sowie im Abwasser- und im Hochwasserbereich. Ohne finanzielle Unterstützung von Bund und Land könnten viele dieser Projekte nicht umgesetzt werden, das Land unterstützt darüber hinaus die Stadt 2009 und 2010 mit einer Erhöhung der Bedarfszuweisungsmittel von jeweils 10 Millionen Euro. Ich möchte auch in diesem Zusammenhang auf einen weiteren Schwerpunkt der Koalitionsregierung gemeinsam mit der KPÖ im Wohnbau hinweisen, bei dem wir uns ebenfalls einige Ziele gesetzt haben, um den sozialen Wohnbau in dieser Periode zu verstärken. Die konsolidierte Finanzschuld der Stadt Graz, das ist also der Haushalt und die Beteiligungen werden von 2009 um 68 Millionen Euro auf rund 1,1 Milliarden Euro steigen. Wie schon seit vielen Jahren werden die Kredite in erster Linie über die Beteiligungen und hier vor allem über die GBG aufgenommen. Auch in der Schuldaufnahme ist jedenfalls ein Konsolidierungserfolg sichtbar, 2008 betrug die Aufnahme noch 93 Millionen Euro laut Voranschlag und dieser Wert wird im Jahr 2009 um zirka 25 Millionen Euro niedriger, also mit zirka 68 Millionen Euro, erwartet. Auf Grund der wirtschaftlichen Unsicherheiten sind für sämtliche Ermessensausgaben in Anlehnung an frühere Regelungen eine 15-%-Sperrung in der ordentlichen Gebarung auferlegt, die im September 2009 aufgehoben werden kann, wenn die bis dahin zu beobachtende Einnahmen- und Ausgabenentwicklung dies zulässt. Ausgenommen von dieser 15-%-Sperrung sind die Pflichtausgaben, aber auch jene Ermessensausgaben, die einen besonderen politischen Schwerpunkt des Budgets 2009 bilden und die teilweise um 10 % gegenüber heuer sogar erhöht wurden. Es sind nämlich die Förderung und die Beauftragungen von Institutionen im Sozial-, Jugend- und Frauenbereich, die, wie gesagt, von der 15-%-Sperrung ausgenommen sind.

Ich komme zum Ende. Der Haushaltsplan 2009 zeigt, dass wir einerseits Kurs auf den mittelfristigen Konsolidierungspfad halten, andererseits dass von Kaputtsparen überhaupt keine Rede sein kann. Das Bemühen, den schwierigen Spagat zu schaffen zwischen notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen einerseits und kommunalen Impulsen, gerade in einer gesamtwirtschaftlich schwierigen Phase, ist an diesem Budget klar abzulesen. Gerade damit wir in schweren Zeiten eine verlässliche Stütze für die Grazerinnen und Grazer sein können, müssen wir finanziell gut aufgestellt sein. Wir müssen bei uns sparen, ich komme auf das Motto zurück, damit wir für die Grazerinnen und Grazer die bestmöglichen Leistungen erbringen können (*Applaus ÖVP und Grüne*). Viel bleibt noch zu tun, als Zeichen des

Sparens in der Politik soll die Zahl der Mitglieder der Stadtregierung von neun auf sieben, jene des Gemeinderates von 56 auf 48 reduziert werden. Die entsprechende Petition an das Land Steiermark ist auf der Tagesordnung dieser Gemeinderatssitzung. Bis Mai 2009 soll auch die Pensionsreform des Landes übernommen und ein Konzept für einen darüber hinaus gehenden Solidarbeitrag ausgearbeitet werden. Darüber hinaus sind notwendige Verhandlungen mit Bund und Land zu führen bezüglich der Bedarfszuweisungen, Landesumlage, Nahverkehrsfinanzierung und Zweitwohnsitzabgabe. Es bedarf auch einer gerechteren Kostenteilung für übergeordnete Aufgaben, diese Verhandlungen sind mit allem Nachdruck zu führen. Strukturreformen sowohl innerhalb des Magistrates als auch bei den Beteiligungen müssen ebenfalls im nächsten Jahr gestartet werden (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Ganz zum Schluss möchte ich mich bei allen bedanken, die mitgeholfen haben, den vorliegenden Haushaltsplan 2009 zu erstellen. Als erstes meinen Kolleginnen und Kollegen in der schwarz/grünen Koalitionsregierung mit unserem Bürgermeister Siegfried Nagl und Vizebürgermeisterin Lisa Rücker an der Spitze. Budgetkonsolidierung kann nur gelingen, wenn sie von den führenden VerantwortungsträgerInnen voll unterstützt und gelebt wird, ein Dankeschön dafür (*Applaus ÖVP und Grüne*). Weiters bedanke ich mich bei allen anderen Regierungsmitgliedern für die manchmal konfliktreichen, letztlich aber in den meisten Fällen konstruktiv verlaufenden Gespräche. Mein besonderer Dank gilt der gesamten Verwaltung unter der Führung von Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel, für die Datenerstellung und für die vielen guten Vorschläge, sowie dem Stadtrechnungshof unter der Leitung von Dr. Günter Riegler. Zu guter Letzt selbstverständlich möchte ich die Finanzdirektion ganz besonders hervorheben unter der Leitung von Karl Kamper mit seinem „Mister Budget“ Michi Kicker. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zum Haushaltsplan 2009 (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorstehenden Informationsbericht betreffend „Haushaltsanalyse 2009“ zur Kenntnis nehmen.